



# **Rechtsextremes Regieren**

**Was passiert, wenn die AfD in  
Sachsen-Anhalt die Regierung  
übernimmt?**



**Herausgeberin**

Amadeu Antonio Stiftung  
Novalisstraße 12  
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de  
www.amadeu-antonio-stiftung.de

**Konzeption:** Amadeu Antonio Stiftung

**Redaktion und Lektorat:** Simone Rafael

**Fachliche Begleitung:** Jan Riebe, Jakob Roßa

**Layout und Gestaltung:** Mandy Münzner

**Titelfoto:** Gregor Rom

Druck: Klimaneutral produziert auf Recyclingpapier in Deutschland  
© Amadeu Antonio Stiftung, 2026

Diese Publikation ist entstand im Rahmen des Projektes  
„Szenario Sachsen-Anhalt“, mit herzlichem Dank an die privaten  
Spender\*innen, die diese Arbeit ermöglicht haben.

Erscheinungsdatum: Mai 2026

Dieses fiktive Szenario, dass mögliche Entwicklungen skizziert, darf unter  
Nennung der Quelle für Bildungs-, zivilgesellschaftliche und nichtkommer-  
zielle Zwecke verwendet werden.

# **Inhalt**

---

- 04 Einleitung: Sachsen-Anhalt steht vor einer Zäsur**
- 08 Zeitstrahl 2026 – 2029**
- 19 Wenn rechtsextreme Politik Realität wird**
- 21 Risiken für Sachsen-Anhalt und darüber hinaus**
- 25 Ebenen der Verteidigung – Handlungsoptionen, bevor es zu spät ist**
- 28 Tipps für die Zivilgesellschaft**
- 33 Demokratische Bundesländer in die Verantwortung nehmen**

# Einleitung: Sachsen-Anhalt steht vor einer Zäsur

---

Was passiert, wenn die AfD ein Bundesland regiert – nicht nur in Fundamentalopposition, sondern mit tatsächlicher programmatischer Gestaltungsmacht? Diese Frage ist kein theoretisches Gedankenspiel mehr. Seit die AfD in Sachsen-Anhalt bei den Bundestagswahlen im Land mit 37,1 Prozent mit Abstand die stärkste politische Kraft geworden ist und die CDU mit 19,2 Prozent auf den zweiten Platz verdrängt hat, müssen wir uns mit der Gefahr einer Machtübernahme durch die AfD ernsthaft auseinandersetzen.

Dieses Szenario tut genau das: nüchtern, faktenbasiert und sensibel für zivilgesellschaftliches Engagement. Es entwirft ein realistisches Szenario auf Grundlage der bekannten Positionen, politischen Ziele und bisherigen Aussagen der AfD sowie vergleichbarer Entwicklungen in Europa und den USA. Es ist aber nicht so, dass die AfD nach der Landtagswahl auf jeden Fall regieren wird, auch wenn sie selbst gern diesen Eindruck erwecken will. Das Szenario beschreibt eine mögliche Entwicklung und soll dazu dienen, von Sachsen-Anhalt ausgehend eine bundesweite Debatte zu unterstützen, was Politik und Zivilgesellschaft im Vorfeld einer rechtsextremen Regierungsübernahme tun sollten.

## Narrative und Gegenrede: Das Aushalten anderer Positionen

Die nächsten Jahre werden für die Demokratie in Deutschland entscheidend sein. Sachsen-Anhalt steht dabei an einer neuralgischen Stelle: als mögliches Modell für andere Bundesländer, aber auch als Prüfstein für die Wehrhaftigkeit unserer demokratischen Ordnung, der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft. Diese Publikation will einen Beitrag leisten, damit wir politisch, zivilgesellschaftlich und rechtlich vorbereitet sind.

Denn Demokratien scheitern in erster Linie nicht daran, dass autoritäre Kräfte gewinnen. Sie scheitern dann, wenn Demokrat\*innen nicht mehr widersprechen, vor lauter alltäglichen Zumutungen, wenn sie die autoritären Verschärfungen und rechts-extremen Hegemonien nur noch beobachtend zur Kenntnis nehmen, wenn sie auf die zentralen



**Timo Reinfank**, Geschäftsführender Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung

Herausforderungen keine befriedigenden Antworten haben und wenn sie schon bei den letzten Wahlen nur gewählt worden sind, „um Schlimmeres zu verhindern“.

## Herausforderungen in Sachsen-Anhalt

Das Bundesland Sachsen-Anhalt ist an Herausforderungen nicht arm und beispielsweise in besonderem Maße von den Effekten des demografischen Wandels betroffen: Prognosen zufolge wird die Bevölkerungszahl bis 2040 signifikant sinken<sup>1</sup>, insbesondere im ländlichen Raum. Bereits heute ist ein fortschreitender Abbau sozialer Infrastruktur zu beobachten: Schul- und Kitaschließungen, der Wegfall

---

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2040 und Haushaltprognose. <https://statistik.sachsen-anhalt.de/themen/bevoelkerung-mikrozensus-freiwillige-haushaltserhebungen/bevoelkerungsprognose-und-haushaltprognose> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

**„Sie [Demokratien] scheitern dann, wenn Demokrat\*innen nicht mehr widersprechen, vor lauter alltäglichen Zumutungen, wenn sie die autoritären Verschärfungen und rechtsextremen Hegemonien nur noch beobachtend zur Kenntnis nehmen.“**

medizinischer Versorgungsangebote und sozial-räumlich relevanter Einrichtungen wie Dorfgasthäusern oder Vereinsheimen. Diese Entwicklung begünstigt nicht nur räumliche und soziale Segregation, sondern verstärkt auch das Gefühl politischer Marginalisierung in peripheren Regionen.

Begleitend dazu ist eine Erosion des vorpolitischen Raums festzustellen. Demokratische Parteien sind in vielen Regionen nur punktuell sichtbar, meist zu Wahlkampfzeiten. Politische Bildung, Teilhabeformate und zivilgesellschaftliche Infrastrukturen haben unter der Pandemie gelitten und konnten in vielen Regionen bislang nicht wieder etabliert werden. Besonders stark betroffen ist die sogenannte „Corona-Generation“ (Jahrgänge 2001 bis 2014), die in ihrer Entwicklungsphase unter sozialer Isolation, Bildungsunterbrechungen und dem Wegfall stabilisierender Angebote gelitten hat<sup>2</sup>.

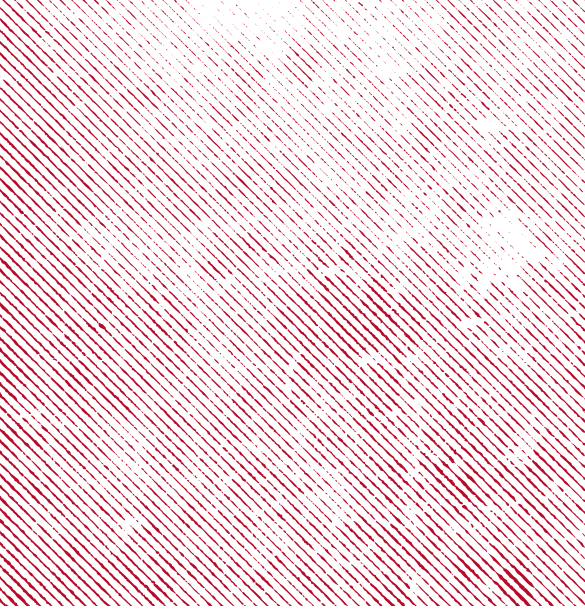
Diese Gemengelage hat in Teilen des Landes zu einer tiefgreifenden Parteien- und Demokratieverdrossenheit geführt, die sich nicht nur in Wahlenthaltung, sondern auch in der Offenheit gegenüber antidemokratischen Angeboten äußert<sup>3</sup>. Sachsen-Anhalt ist seit langem einer der zentralen Hotspots des strukturell verankerten Rechtsextremismus in Deutschland. Rechtsextreme Strukturen, darunter die „Menschenpark Veranstaltungen UG“ und „Metapolitik Verlags UG“ (firmierte bis 2024 unter dem Namen „Institut für Staatspolitik“) oder identitäre Strukturen und Siedlungsprojekte der „Anastasia“-Bewegung nutzen gezielt jene Regionen, in denen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Präsenz zurückgezogen hat.

Hinzu kommt eine politisch-strategische Herausforderung: Demokratische Parteien vermitteln in der Öffentlichkeit häufig den Eindruck, dass von einer anderen demokratischen Partei die größte Gefahr ausgehe und nicht von den Feinden der Demokratie. Hierbei bedienen sie sich – bewusst oder unbewusst – viel zu häufig rechtsextremer Untergangs-Narrative. Dadurch verfestigt sich der Eindruck einer dysfunktionalen politischen Klasse, die interne Konflikte über die gemeinsame Verteidigung demokratischer Institutionen stellt. Dies untergräbt die Glaubwürdigkeit der Demokratie insgesamt – und kommt der AfD zugute, die sich als „Systemopposition“ gegen die „Kartellparteien“, die alle das Gleiche wollen, inszenieren kann.

---

2 Vgl. Stefan Fehser, Frank Tillmann, Isabell Kleint & Birgit Reißig (Hrsg.) „Was geht? 2.0“ Die Hallesche Kinder- und Jugendstudie 2024. Hallo 2024, [https://halle.de/fileadmin/Binaries/Publikationen/Kinder\\_Jugend\\_Familie/DJI\\_Jugendstudie\\_Halle2024.pdf](https://halle.de/fileadmin/Binaries/Publikationen/Kinder_Jugend_Familie/DJI_Jugendstudie_Halle2024.pdf) (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

3 Dies zeigt etwa der Sachsen-Anhalt-Monitor, den die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt herausgibt. Nur 43,5 Prozent der Befragten gelten als „solide Demokrat\*innen“, die anderen zeigen Interesse an bis Neigung zu autoritären Tendenzen. Vgl.: Sachsen-Anhalt-Monitor 2025, [https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM\\_2025\\_V0812\\_1.pdf](https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM_2025_V0812_1.pdf) (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).



## Sachsen-Anhalt steht vor einer Zäsur

Dies alles kann in Sachsen-Anhalt im Jahr 2026 zu einer politischen Zäsur führen. Bei den Annahmen über die Landtagswahl orientiert sich das Szenario an dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 2025<sup>4</sup> und aktuellen Wahlumfragen für Sachsen-Anhalt<sup>5</sup>. Dies wäre eine vorstellbare Entwicklung:

Die AfD erzielt 39,1 Prozent der Stimmen und wird erstmals stärkste Kraft im Bundesland. Die CDU erreicht mit 25 Prozent ein schlechtes Ergebnis. Möglich wurde dieses Wahlergebnis durch die strategische Vorbereitung der AfD und ihren frühzeitig begonnenen Dauerwahlkampf<sup>6</sup>.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW; ab Oktober 2026 umbenannt in: Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft) zieht mit einer geringen Prozentzahl in den Landtag ein. Die SPD verliert moderat, Die Linke bleibt im Landtag, die Grünen und die FDP scheitern an der Fünfprozenthürde. Damit wäre es der AfD möglich, die Alleinregierung zu übernehmen.

Die CDU lehnt unter Führung des amtierenden Ministerpräsidenten Sven Schulze eine Zusammenarbeit mit der AfD weiterhin ab. Nach wochenlangem Streit über eine Zusammenarbeit mit der AfD zerbricht die BSW-Fraktion<sup>7</sup>. Mehrere Fraktionsmitglieder treten aus dem BSW aus. Einige ehemalige BSW-Fraktionsmitglieder treten der AfD bei, andere unterstützen als fraktionslose Mitglieder des Landtages die Bildung einer AfD-Alleinregierung. Die neue Landesregierung reklamiert für sich, den „Willen des Volkes“ umzusetzen. Ministerpräsident wird der bisherige AfD-Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat Ulrich Siegmund und somit ein Politiker aus einem der radikalsten AfD-Landesverbände bundesweit sowie ideologisch ein gefestigter Rechtsextremer.

**Timo Reinfrank**  
*Geschäftsführender Vorstand  
der Amadeu Antonio Stiftung*

4 Vgl. Manuel Mohr: Analyse der Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt: Schmale Mitte, dicke Ränder. MDR, 26.2.2025, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/bundestagswahl-ergebnisse-daten-analyse-110.html> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026)

5 Vgl. MDR Sachsen-Anhalt: Umfrage: AfD in Sachsen-Anhalt bei 39 Prozent, CDU bei 27 Prozent. MDR, 5.9.2025, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/infratest-dimap-umfrage-stimmung-104.html> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026); Umfrage Sachsen-Anhalt auf Wahlrecht.de, 27.1.2026 <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

6 Dieses dargestellte Szenario ist eine von mehreren möglichen Entwicklungen, welche der AfD an die Macht verhelfen könnte. Aktuelle Entwicklungen können dazu führen, dass sich in den nächsten Monaten andere Szenarien als wahrscheinlicher herauskristalisieren. An den Überlegungen, was die AfD an der Macht umsetzen will, ändert dies jedoch wenig. Vgl. Uwe Freitag: „AfD bereitet erste Machtübernahme vor!“ BILD, 30.6.2025, <https://www.bild.de/politik/inland/afd-bereitet-erste-machtuebernahme-vor-68624c5c69afb7d84ed1c5b> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

7 Sahra Wagenknecht erklärte bereits im Juni 2025: „Wir stehen nicht als Teil einer profillosen Allparteienkoalition zur Verfügung,

deren einziger gemeinsamer Nenner ist, gegen die AfD zu sein“. Vgl. Die Zeit, dpa, AFP, svj: Wagenknecht gegen weitere BSW-Regierungsbeteiligungen in den Ländern. Die Zeit, 28.6.2025, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-06/sahra-wagenknecht-bsw-regierungsbeteiligung> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

8 Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt stuft den Landesverband der AfD seit November 2023 als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein. Vgl. Staatskanzlei und Ministerium für Kultur: Innenministerin stellt Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2023 vor. Sachsen-Anhalt.de, 2.7.2024, [https://www.sachsen-anhalt.de/bs/pressemitteilungen?cHash=644858625ee6b-7cba3ced9e08621054e&tx\\_tsarssinclude\\_pi1%5Baction%5D=single&tx\\_tsarssinclude\\_pi1%5Bcontroller%5D=Base&tx\\_tsarssinclude\\_pi1%5Buid%5D=492877](https://www.sachsen-anhalt.de/bs/pressemitteilungen?cHash=644858625ee6b-7cba3ced9e08621054e&tx_tsarssinclude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsarssinclude_pi1%5Bcontroller%5D=Base&tx_tsarssinclude_pi1%5Buid%5D=492877) (zuletzt abgerufen am 27.3.2026). Die AfD klagt gegen die Einstufung, das Verfahren ist noch anhängig. Vgl.: dpa: AfD zieht Klage gegen Verdachtsfall-Einstufung zurück. Die ZEIT, 11.3.2026, <https://www.zeit.de/news/2026-03/11/afd-zieht-klage-gegen-verdachtsfall-einstufung-zurueck> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

9 Vgl. Dr. Christian Rath: Bundeszwang gegen AfD-regierte Länder? LTO, 2.4.2024, <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/afd-bundeszwang-polizei-artikel37> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

## Unsere Annahmen:

1. Die Bundesregierung ist im September 2026 weiterhin nicht von der AfD geführt. Das Grundgesetz gilt weiterhin uneingeschränkt, die Bundesregierung hat aber fast gar keine Einflussmöglichkeiten in den Bundesländern. Die Anwendung des sogenannten Bundeszwangs, eines Instrumentes des Grundgesetzes in Artikel 37, halten wir für unrealistisch. Dazu müsste es sehr gravierende Verstöße und eine Zustimmung des Bundesrates geben.
2. Die Landesverfassung Sachsen-Anhalts bleibt formal in Kraft, wird aber politisch ausgereizt. Dies geschah beispielsweise in Polen oder Ungarn nach der Machtübernahme autoritärer Regierungen. Durch die Änderung einfacher Gesetze in Landeszuständigkeit, etwa im Schulbereich, Justizwesen, bei Medien oder Polizei, wurde die autoritäre Verschiebung normalisiert und gesichert.
3. Das Bundesverfassungsgericht setzt aufgrund einzelner Verfassungsbeschwerden punktuell Grenzen, etwa bei Versammlungsverboten. Für Normenkontrollverfahren oder Kontrollverfahren wegen der Verletzung föderaler Pflichten finden sich keine politischen Mehrheiten im Bundestag, in der Bundesregierung oder in den Ländern.
4. Die Medienlandschaft und die Zivilgesellschaft im Land sind anfangs noch pluralistisch, aber erheblich unter Druck.
5. Die AfD nutzt ihre Regierungsmacht strategisch, mit Fokus auf Machtausbau, Symbolpolitik und kulturelle Hegemonie.
6. Rechtsextreme Gewalt eskaliert weiter und wird nicht mehr systematisch eingehegt und strafverfolgt.

# Zeitstrahl 2026 – 2029

---

Ein politisches Szenario für Sachsen-Anhalt unter einer AfD-Regierung

Diese Chronologie beschreibt eine mögliche Entwicklung von der Landtagswahl im September 2026 bis zur Bundestagswahl 2029. Sie zeigt, wie sich eine AfD-geführte Landesregierung entfalten könnte.

2026

**September 2026**

Landtagswahl und Machtübernahme

Der Wahlkampf wird begleitet von Desinformationskampagnen, Einschüchterungen und Bedrohungen, von Angriffen und rechtsextremer Gewalt gegen die demokratischen Parteien, Medien und die Zivilgesellschaft.

Aufgrund des oben antizipierten Wahlergebnisses bildet die AfD eine Alleinregierung. Ministerpräsident wird ein rechtsextremer AfD-Landespolitiker.

## Oktober 2026

### Beginn der Regierungstätigkeit

Wenige Stunden nach seiner Vereidigung kündigt der neue Minister für Inneres, Heimat und Remigration ein umfassendes „Remigrations-Sofortprogramm“ an. Dies beinhaltet unter anderem:

- ▶ Durch die Aufkündigung des Königssteiner Schlüssels (§ 45 AsylG), gemäß dem Asylsuchende auf die Bundesländer verteilt werden, kommt es zu einem faktischen Aufnahmestopp für alle Asylsuchenden in Sachsen-Anhalt. Begründung: Ohne illegale Einreise über einen sicheren Drittstaat ist eine Einreise nach Sachsen-Anhalt nahezu unmöglich.<sup>10</sup>
- ▶ Wenn Ausländer\*innen überführt werden, Straftaten begangen zu haben, kommt es zu einem automatischen Entzug der Aufenthaltserlaubnis und der Niederlassungserlaubnis.<sup>11</sup>
- ▶ Überprüfung sämtlicher Einbürgerungen in Sachsen-Anhalt nach dem 1.1.2000. Sofortige Aberkennung der Staatsbürgerschaft, wenn im Einbürgerungsverfahren gelogen oder betrogen wurde.<sup>12</sup>
- ▶ Ukrainer\*innen gelten nicht mehr als Kriegsflüchtlinge und erhalten keine Sozialleistungen mehr.<sup>13</sup>

Ferner beinhaltet das Sofortprogramm die Inhaftierung von Ausreisepflichtigen in regulären Gefängnissen. Zudem die Konzentration von Asylsuchenden in Lagern zur schnelleren Abschiebung und eine Arbeitspflicht für alle Geflüchteten in der Grünanlagen-Reinigung und Müllentsorgung.<sup>15</sup>

#### **Symbolpolitik durch die neue Landesregierung:**

Entfernung von EU-Flaggen an öffentlichen Gebäuden, Umbenennung von Ministerien und Behörden, Kündigung der Medienstaatsverträge und Umbesetzungen in Rundfunkräten (auf der Grundlage neuer gesetzlicher Regelungen, denen die Länder Sachsen und Thüringen nach anfänglichem Zögern zustimmen).<sup>16</sup>

## Dezember 2026

### Legalisierung von Bürgerwehren und Abschaffung des kleinen Waffenscheins

Anlässlich des zweiten Jahrestags des Anschlags auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt werden Bürgerwehren, jetzt „freiwillige Bürgerwacht“ genannt, in Regionen mit „hoher Kriminalität“ als „Hilfspolizei“ legalisiert. Dies ist nach dem aktuellen Polizeigesetz von Sachsen-Anhalt sogar ohne Gesetzesänderung möglich<sup>19</sup>. Die AfD hat im Wahlkampf versprochen, den kleinen Waffenschein in Sachsen-Anhalt mit einem Gesetz abzuschaffen, das die entsprechende Bundesgesetzgebung ergänzt – doch die Gesetzgebungskompetenz im Waffenrecht liegt ganz beim Bund. So wird stattdessen über Verwaltungsvorschriften eine neue interne Vergabep Praxis der Waffenbehörden etabliert, die ermöglicht, dass alle Menschen mit deutschem Pass über 18 Jahren Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen erwerben und in der Öffentlichkeit mit sich führen dürfen.<sup>20</sup>

*„Angesichts dieser Situation fordern wir, dass Kommunen mit besonderen Kriminalitätsbrennpunkten das Recht erhalten, eine freiwillige Bürgerwehr auf kommunaler Ebene einzuführen.[...] Sie bildet eine Hilfspolizei, die der Landespolizei zuarbeitet und sie von Aufgaben entlastet, die nicht zwingend von Polizeibeamten durchgeführt werden müssen.“*

— Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl am 13. März 2016<sup>18</sup>, S.57

## November 2026

### Auszug aus der Landespressekonferenz

Die Landesregierung zieht sich zunehmend aus der institutionalisierten Presseöffentlichkeit zurück. Ministerpräsident und Kabinettsmitglieder meiden die Landespressekonferenz (LPK) vollständig und laden stattdessen ausschließlich zu nicht öffentlichen Hintergrundgesprächen mit handverlesenen Medien ein, bevorzugt aus parteinahen Medienhäusern. Als Begründung führt die Regierung eine angeblich „jahrelange feindliche Haltung“ der LPK und die daraus resultierende tendenziöse Berichterstattung gegenüber der AfD<sup>17</sup> an. Die LPK kritisiert dies als „schwerwiegenden Eingriff in die Pressefreiheit und absolut inakzeptabel“. Kritische Medien würden nicht nur von Informationen ausgeschlossen, sondern zunehmend als Teil eines „feindlichen Systems“ delegitimiert.

## Januar 2027

### „Gesetz zu Heimat und Volksgut“

Einführung von „Heimatkunde und Heilpflanzenpädagogik“ als Schulfach<sup>21</sup>. Gedenkstättenfahrten und kritische Bildungsangebote werden zugunsten eines „bejahenden“ Umgangs mit der deutschen Geschichte gestrichen. Lehrpläne werden überarbeitet, Familienkunde<sup>22</sup> und Russisch als Sprache eines politischen Partners der AfD<sup>23</sup> werden als Schulfach (wieder) eingeführt. Lehrkräften wird grundsätzlich verboten, sich in der Schule wertend über Politik zu äußern<sup>24</sup>. Die Inklusion von Kindern mit Behinderungen wird beendet<sup>25</sup>. Auch geflüchtete Kinder sollen nur noch in Sonderklassen unterrichtet werden<sup>26</sup>.

2027

*„Wir können alles machen, was wir uns erträumt haben auf dem Gebiet der Kulturpolitik“*

— Quelle: Hans-Thomas Tillschneider, stellvertretender Landesvorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt, im Interview mit dem Deutschland Kurier vom 23. Mai 2025 <sup>27</sup>

## Februar 2027

### „Gesetz zu Heimat und Volksgut“

Die Landeszentrale für politische Bildung wird aufgelöst und ein „Landesinstituts für staatspolitische Bildung und kulturelle Identität“<sup>28</sup> neu gegründet. Vereine und Initiativen in Sport, Kultur oder Bildung werden nur noch staatlich gefördert, wenn sie zu einer „patriotischen Grundhaltung“ beitragen<sup>29</sup>. Damit werden die Mittel der Demokratieprogramme für rechts-extreme Initiativen akquirierbar. Mittel für Integration werden gestrichen<sup>30</sup>, außer für verpflichtende Integrationskurse nicht nur zu „Verfassungspatriotismus“ wie staatsbürgerlichem Grundwissen, sondern auch zu „deutscher Geschichte und Kultur“. Diesen Kurs sollen alle nicht eingebürgerten Migrant\*innen durchlaufen, die sich rechtmäßig in Sachsen-Anhalt aufhalten<sup>31</sup>. Alle Antidiskriminierungsvorschriften auf Landesebene werden abgeschafft. Ein Untersuchungsausschuss „Zivilgesellschaft und Linksextremismus“ wird eingerichtet. Die Landeskampagne #moderndenken wird in #deutschdenken umbenannt.

2027

## Februar 2027

### Massive Eingriffe in die Bildungs- und Wissenschaftsfreiheit

Die neue Landesregierung koppelt die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit Hochschulen sowie Universitätskliniken und deren Finanzierung an ideologisch motivierte Leitlinien.

*„[...] bei künftigen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt [soll ] die Bereitstellung finanzieller Mittel davon abhängig [...]gemacht werden], dass die Hochschulen alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um im Rahmen von Forschung und Lehre keine Aktivitäten mehr stattfinden zu lassen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie mit normativem und gesellschaftspolischem Anspruch das tradierte Verhältnis der Geschlechter verunsichern oder durch Empfehlung, Forderung oder Legitimierung gesellschaftspolitischer Maßnahmen in die freie Entwicklung des Geschlechterverhältnisses manipulierend einzugreifen trachten. Darunter fallen insbesondere [...] Gender Studies, Genderwissenschaft, Geschlechterforschung etc.“*

— Antrag der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, 4.6.2025<sup>33</sup>

Diese politische Steuerung trifft sowohl die Hochschuldidaktik als auch die akademische Personalpolitik. Fachdisziplinen und Forschungsprojekte mit Genderperspektive, Diversity- oder postkolonialen Ansätzen werden eingestellt<sup>34</sup>. Gleichstellungsprogramme und -beauftragte an Universitäten und Hochschulen werden beendet und das im Hochschulgesetz verankerte Ziel der Gleichstellung gestrichen<sup>35</sup>.

Hochschulleitungen geraten unter Druck, sich den Anweisungen zu unterwerfen, da sie andernfalls empfindliche Haushaltskürzungen riskieren. Es mehren sich anonyme Berichte von Forschenden, die von universitären Gremien zur Einstellung angeblich „nicht linienkonformer“ Projekte gedrängt werden.

Während die AfD sich als Partei für Meinungsfreiheit darstellt, setzt sie sich auf Bundesebene für neue Äußerungs-Straftatbestände ein: Sie fordert ein Verbot der Herabwürdigung des deutschen Staates, des deutschen Volkes und von „Deutschland als historisch-kulturellem Gebilde“<sup>36</sup>.

**März 2027**

### Umbau der Sicherheitsarchitektur

Nach der Reform von Innenministerium und Verfassungsschutz kommt es zu Disziplinarverfahren und Versetzung von Beamt\*innen aus Polizei und untergeordneten Behörden. Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern stellen ihre Zusammenarbeit mit den Behörden in Sachsen-Anhalt ein. Ein Meldesystem für staatskritische, antichristliche und linksextreme Aktivitäten wird eingeführt. Auf Bundesebene setzt sich die AfD Sachsen-Anhalt dafür ein, „die Antifa“ als „Terrorvereinigung“ zu bekämpfen<sup>37</sup>. Neue Gesetze zur Gefahrenabwehr führen zu einer herabgesetzten Schwelle für Terrorverdacht. Im Rahmen von „erweiterter Gefahrenabwehr“ kommt es zu zahlreichen Verhaftungen von muslimisch gelesenen Menschen aufgrund von „Terrorverdacht“.

**Mai 2027**

### Umbau der Sicherheitsarchitektur

Zum Jahrestag des Grundgesetzes richtet der Landtag einen Untersuchungsausschuss mit dem Titel „Unterdrückung der Opposition durch die CDU-Regierungen in Sachsen-Anhalt seit 2016“ ein.<sup>38</sup>

*„Macht die Stimmzettel zu Haftbefehlen für diejenigen, die verantwortlich sind für diesen unterirdischen Zustand unseres Landes, für die Spaltung der Gesellschaft, für die Verschleuderung von Steuer-Millionen. Die müssen angeklagt werden von Staatsanwälten, die unabhängig sind, weshalb wir für die Entpolitisierung der Justiz eintreten. Wir brauchen Staatsanwälte, die ermitteln und anklagen [...]. Und dann brauchen wir Richter, die die dann auch verurteilen.“*

— AfD-MdB Stephan Brandner, AfD-Bundesparteitag, Juni 2024<sup>39</sup>

**Juni 2027**

**Sachsen-Anhalt als „Modellregion“**

Die AfD nutzt das Land zur Selbstdarstellung, veranstaltet Kongresse mit internationalen rechtsextremen Parteien und eröffnet ein Landesbüro in Moskau und Washington. US-Vizepräsident J.D. Vance kommt zu Besuch, empfiehlt die AfD für die Bundestagswahl und bietet staatliche Unterstützung für amerikanische Unternehmen an, die in Sachsen-Anhalt investieren wollen. Ein großer US-Chemiekonzern verkündet daraufhin den Weiterbetrieb seiner Standorte in der Region<sup>40</sup>.

**November 2027**

**Zunehmende Missachtung von Gewaltenteilung und Rechtsstaat**

Die Landesregierung regiert zunehmend über exekutive Erlasse, missachtet Gerichtsurteile sowie die Gewaltenteilung und ignoriert Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Infolgedessen kommt es zur Eskalation mit dem Bund.

Knapp ein Jahr nach der Legalisierung von Bürgerwehren als „Bürgerwacht“ und der Änderung des Waffenrechts legt der Menschenrechtsausschuss des Europaparlaments einen Bericht vor. Demnach werden mindestens drei Tötungsdelikte und 15 Fälle von Schwerverletzten auf Aktivitäten der Bürgerwehren zurückgeführt. Die AfD-Landesregierung spricht von „linken Verschwörungserzählungen“ und lehnt Untersuchungen zu den Vorfällen ab.

## Frühjahr 2028

### Druck auf Opposition nimmt zu

Die Opposition steht zunehmend unter Druck. Der Fraktionsvorsitzende der CDU und Teile seiner Fraktion werden wegen angeblich „wiederholter Hetze“ gegen den Ministerpräsidenten vom Landtagspräsidenten ermahnt.

2028

2029

## Frühjahr 2029

### Mobilisierung zur Bundestagswahl

AfD bewirbt im Dauerwahlkampf flächendeckend mit den Mitteln der Verwaltung Sachsen-Anhalt als Erfolgsmodell. Unkritische Berichterstattung des personell stark umgestalteten MDR gegenüber der AfD-Landesregierung - in Dauerschleife wird über Migration, Kriminalität und die erfolgreiche „nationale Wende“ in Sachsen-Anhalt berichtet. Massive Bedrohungen und Angriffe im Wahlkampf auf demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft, Eskalation rechtsextremer Gewalt.

## März 2029

### Bundestagswahl

Die AfD wird bundesweit stärkste Kraft (29 %), in Sachsen-Anhalt mit über 40 %. Die CDU-Liste wurde in Sachsen-Anhalt für die Bundestagswahl wegen vermeintlicher Formfehler zunächst von der Wahl ausgeschlossen. Erst auf der Grundlage eines Urteils im Eilverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht werden die Kandidierenden noch zugelassen.



# Wenn rechtsextreme Politik Realität wird

---

Drei Schauplätze des Umbruchs wären politische Institutionen, Zivilgesellschaft und Verwaltung. Das Szenario zeigt nicht nur eine Regierung mit anderem Personal, sondern ein anderes Verständnis von Staat, Demokratie, Gesellschaft und Gewaltenteilung. Wenn die AfD in Sachsen-Anhalt regiert, würde sich die politische Kultur tiefgreifend verändern. Drei Bereiche werden besonders unter Druck geraten – denkbar wäre:

## 1. Angriff auf demokratische Verfahren und Institutionen

**„Die AfD Sachsen-Anhalt strebt die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie in ihrer derzeitigen Form an und richtet sich somit gegen das Demokratieprinzip aus Art. 20 Abs. 1 GG.“**

Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt<sup>41</sup>.

Die AfD könnte ihre Position nutzen, um parlamentarische Verfahren auszuhebeln, Gesetzesentwürfe im Eilverfahren einzubringen, Debattenzeiten zu verkürzen und Änderungsanträge der Opposition systematisch abzulehnen. Der Landtag würde de facto an Bedeutung verlieren.

Landesverfassungsorgane könnten politisch instrumentalisiert werden, etwa durch Neubesetzungen im Landesrechnungshof oder durch den Umbau des Landesverfassungsgerichts. Kritik am Regierungshandeln könnte als ‚staatsfeindlich‘ diffamiert werden.

Infolgedessen sänke das Vertrauen in demokratische Verfahren, besonders bei jungen Menschen bundesweit. Demokratie und Bürgerbeteiligung würden nicht mehr als Mitbestimmung gelebt, sondern nur noch als Petitionsmöglichkeit wahrgenommen.

## 2. Zivilgesellschaft im Ausnahmezustand

2027 könnten die Fördermittel für Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus gestrichen werden. Jugendclubs, Gedenkstätten,

Beratungsstellen und Kulturprojekte wären betroffen und müssten vielfach schließen. Auch die Bundesprogramme für Demokratieförderung könnten keine Mittel mehr auszahlen, wenn den meisten Trägern in Sachsen-Anhalt die Gemeinnützigkeit aberkannt wird – etwa wegen fehlender parteipolitischer Neutralität, wie sie durch einen Erlass eines AfD-Finanzministeriums gefordert werden könnte, oder durch die Nennung als linksextremistisch in einer Sonderauswertung des Verfassungsschutzes. Allerdings könnten die Träger vor dem Finanzgericht gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit klagen, wenn sie genug Ressourcen haben, um als Organisation bis zum Ende des Verfahrens zu existieren.

Ehrenamtliche könnten öffentlich diffamiert werden – viele könnten mit Rückzug reagieren. Engagement würde wegen der vielen Angriffe immer riskanter. Auch städtische Räume böten keine Rückzugsmöglichkeiten mehr für demokratisches Engagement.

Besonders betroffen wären Jugendliche. Demokratiebildung an Schulen würde ersetzt durch „Heimatkunde“. Jugendprojekte könnten ihre Trägerstrukturen verlieren, offene Räume geschlossen werden – es sei denn, sie treten fortan mit einer „patriotischen Grundhaltung“ auf<sup>42</sup>. Rechtsextreme Gruppen könnten die weggefallenen Angebote ersetzen und dafür erstmals staatliche Förderung erhalten. Jugendliche, die sich demokratisch engagieren oder schlicht nicht ins propagierte traditionell-patriotische Rollenbild passen, gerieten ins Visier. Es entstünde eine junge Generation, die politisch manipuliert und eingeschüchtert aufwächst. Sehr viele Jugendliche und ihre Eltern könnten deshalb das Bundesland verlassen.

---

41 Vgl. Homepage des Landesamtes für Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Parteien. o.J., eingesehen am 24.3.2026, <https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/rechtsextremismus/rechtsextremistische-parteien> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

42 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt VIII/7, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

### **Handwerker, dessen Eltern nach Deutschland eingewandert sind (2028)**

*„Ich lebe und arbeite hier, meine Kinder gehen hier zur Schule – und trotzdem werde ich täglich behandelt, als würde ich nicht dazugehören. Ständig gibt es Blicke, geflüsterte und offene Kommentare, das ständige Fragen, wo ich ‘wirklich’ herkomme. In letzter Zeit fallen auf der Straße öfter Sätze wie: ‘Dich schieben wir auch noch ab’. Am Bahnhof werde ich regelmäßig von der Polizei kontrolliert. Meine Kinder werden in der Schule rassistisch angegangen, die Schulleitung duckt sich weg. Wir haben uns hier ein Leben aufgebaut, aber das alles macht etwas mit einem. Ich bin angespannter geworden. Ich überlege bei ganz normalen Aktivitäten, ob ich und meine Kinder dabei sicher sind.“*

### **3. Verwaltung im Würgegriff der Ideologie**

Ministerien könnten nicht mehr fachlich, sondern politisch besetzt werden. Beamte könnten angehalten werden, auch öffentlich Loyalität zur AfD zu zeigen. Das wäre zwar rechtswidrig, aber möglich. In der Verwaltung und im öffentlichen Dienst könnte es zu einem massiven Stellenabbau kommen<sup>43</sup>. Polizei- und weitere Beschwerdestellen sowie Kontrollinstanzen könnten abgeschafft oder minimiert werden, die Sicherheitsbehörden könnten auf Migrationskontrolle, Abschiebungen und die Bekämpfung des Linksextremismus konzentriert werden. Die Landesregierung könnte politischen und finanziellen Druck auf Landkreise und Landräte ausüben, falls diese sich wehren wollen.

<sup>43</sup> Vgl. Michael Bock: AfD Sachsen-Anhalt fordert massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Volksstimme, 19.3.2025, <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/afd-stellenabbau-oeffentlicher-dienst-4018418> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

Die Folge: Fachkräfte würden die Verwaltung und das Bundesland verlassen. Expertise würde durch linientreue Kontrolle ersetzt.

Was hier beschrieben wird, ist kein autoritäres Regime im klassischen Sinn. Es ist eine systematische Erosion demokratischer Institutionen und ihrer Legitimität, von rechtsstaatlichen Verfahren und der Gewaltenteilung, demokratischer Debatten und Öffentlichkeiten, abgesichert durch Ressourcenumverteilung, normalisiert durch rhetorische Verschiebung. Der AfD geht es um eine Nationalisierung der Massen und aller gesellschaftlichen Sphären.

# Risiken für Sachsen-Anhalt und darüber hinaus

---

## Rechtsextremer Gesellschaftsaufbau

Die AfD kann rechtliche Graubereiche und strukturelle Schwächen nutzen, um demokratische Institutionen umzubauen. Parlamente verlören durch die rücksichtslose Schnelligkeit exekutiven Handelns massiv an Bedeutung, Kommunal-, Landes- und Verfassungsgerichte an Durchsetzungskraft, demokratische Medien an Zugang und Recherchemöglichkeiten. Bundesmittel aus Förderprogrammen würden nur noch an politisch loyale Kommunen und Landkreise weitergereicht. Der Schaden an der politischen Kultur wäre langfristig, auch über die Legislaturperiode hinaus.

## Völkische Zuspitzung

Eine AfD-Regierung könnte auf permanente Mobilisierung ihrer Anhänger\*innen setzen. Sprachliche Feindbilder („Asylterroristen“, „Volksschädlinge“, „Systempresse“) schaffen ein Klima des Misstrauens. Minderheiten, Engagierte und Andersdenkende erleben Einschüchterung. Gerade im ländlichen Raum wüchse die Angst vor Denunziation und vor der Bedrohung sogenannter „Hausbesuche“ durch Rechtsextreme. Mittel der Polarisierung und des permanenten Kulturkampfes würden auch der Ablenkung davon dienen, dass die AfD-Landesregierung für zentrale gesellschaftliche Probleme keine Lösungskonzepte hat.

## Zerschlagung der Zivilgesellschaft

Die AfD würde die demokratische Zivilgesellschaft als tragende Säule der liberalen Demokratie angreifen. Sie wäht die liberale Demokratie bereits jetzt kurz vor dem ersehnten Fall, oder wie es AfD-Hardliner Björn Höcke in einem Interview ausdrückte: „Historisch gesehen erleben wir die finalen Krisen eines abgewirtschafteten Systems“<sup>44</sup>. Damit das System aber falle, müsse nachgeholfen werden.

Mit dem Entzug öffentlicher Mittel und der Diskreditierung alternativer und kritischer Projekte würde ein zentraler Pfeiler demokratischer Resilienz

geschwächt. Räume für soziale Begegnung, in denen Teilhabe und demokratischer Austausch erprobt und gelernt werden können, verschwänden – besonders dort, wo sie am nötigsten gebraucht würden. Widerspruch gegen das AfD-Regieren könnte als „volksfeindlich“ diffamiert werden. Die öffentlichen Mittel, die bei demokratischen Projekten gespart würden, könnten rechtsextremen Vereinen zugutekommen, die die Normalisierung antidemokratischer Ideologie auch im vorpolitischen Raum vorantreiben.

## Ende der Bildungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit

Ideologisch motivierte Veränderungen der Lehrpläne, immer stärkere Eingriffe in die Hochschulautonomie und Einschränkung der Kunstfreiheit sowie der kulturellen Förderung würden Zukunftsbereiche gefährden. Den Anfang machte die Abschaffung von Gender-Studies, bald aber folgten Angriffe auf weitere unliebsame Studiengänge. Wissenschaftler\*innen würden abwandern und Lücken hinterlassen, die zu weiterer gesellschaftlicher Erosion führten. Statt Bildung würden Kinder und Jugendliche in der Schule nur noch Indoktrination erleben. Kulturschaffende würden abhängig werden von der Gunst des Staates, was Auftrittsmöglichkeiten, inhaltliche Freiheit ihrer Arbeit oder Kulturförderung anginge.

---

44 Alexander Junger: Postdemokratie und Geopolitik. Interview mit Björn Höcke. 16.1.2026, <https://afd-bjoern-hoecke.de/2026/01/20/postdemokratie-und-geopolitik/> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026). Original: Alexander Junger: Interview with German MP Björn Höcke: On the decline of elites, post-democracy, and AfD's path to power. EagleEyeExplore, 16.1.2026, <https://eagleeyeexplore.com/interview-with-german-mp-bjorn-hoecke-on-the-decline-of-elites-post-democracy-and-afds-path-to-power/> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

## **Theaterintendant aus Halle (2028)**

*„Wir machten ein Projekt mit jungen Menschen aus Einwanderungsfamilien. Im Januar kam der Förderbescheid, aber auf null gesetzt. Kein Gespräch, keine Begründung. Später hieß es, man fördere jetzt nur noch ‚volkstümlich geprägte Kulturarbeit‘. Inzwischen treten viele Kulturschaffende nicht mehr öffentlich auf, aus Angst vor Diffamierung und Hetze. Das Klima ist vergiftet, auch weil einige Mitglieder des Ensembles den neuen Kurs der Landesregierung unterstützen.“*

## **Strahlkraft auf den Bund**

Sachsen-Anhalt würde zur Blaupause autoritärer Politik und diene dazu, Rechtsextreme an der Macht zu normalisieren. Die AfD präsentierte das Land als Beweis, dass ein nationalistisch-autoritäres Modell funktioniert, und würde es unabhängigen Beobachter\*innen schwer machen, dies zu prüfen. Die Wähler\*innen anderer Bundesländer könnten diesen Erzählungen folgen, sofern es keinen entscheidenden Widerspruch gäbe.

## **Manipulation der Öffentlichkeit**

Eine AfD-Regierung würde die Öffentlichkeit ähnlich transformieren wie es unter Trump in den USA geschieht. Die Trump-Administration etablierte eine „Parallel-Informationsstruktur“ über ein eigenes Office of Digital Strategy: Influencer, Memes und gezielte Social-Media-Posts dienten dazu, klassische Medien auszubooten. Staatsnahe Akteur\*innen nutzen Social Bots und gefälschte Accounts, um Debatten zu dominieren. Desinformation wird gezielt eingesetzt<sup>45</sup>. Eine AfD-Regierung

würde solche Konzepte zu adaptieren versuchen: KI-gestützte Bot-Netze, automatisierte Kommentarteuerung, synthetisch erzeugte Stimmen und Fake-Profilen sowie Deep-Fake-Darstellungen, um Angst vor Asylsuchenden zu schüren, Betroffene rechter Gewalt und die politische Opposition einzuschüchtern sowie kritische Stimmen medial zu marginalisieren.

## **Was fehlt: Ein institutioneller Schutzrahmen für die Demokratie**

Dieses Szenario kann eine Warnung sein – und eine Anregung, jetzt zu handeln. Denn Demokratie ist nicht nur ein System. Sie ist gelebter Alltag – in den demokratischen Debatten und Verfahren, als Teilhabe und Schutz für Minderheiten und durch den Schutz der freiheitlichen Grundrechte aller Menschen. Sie dient damit real dem Schutz des freien, gleichwertigen Lebens für alle.

45 Die Washington Post beschreibt die daraus resultierende Kommunikationsstrategie – mit einem „Rapid-Response“-Team, das Memes, virale Videos und Influencer-Inhalte einsetzt, um die öffentliche Meinung dynamisch zu steuern. Vgl. Drew Harwell und Sarah Ellison: Inside the White House's new media strategy to promote Trump as ‚KING‘, 6.3.2025, <https://www.washingtonpost.com/technology/2025/03/06/trump-white-house-media-social-influencers/> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

46 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

47 Vgl. Landesportal Sachsen-Anhalt <https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/rechtsextremismus/rechtsextremistische-parteien> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

48 Vgl. dpa: AfD zieht Klage gegen Verdachtsfall-Einstufung zurück. Die ZEIT, 11.3.2026, <https://www.zeit.de/news/2026-03/11/afd-zieht-klage-gegen-verdachtsfall-einstufung-zurueck> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

## Die AfD in Sachsen-Anhalt

Wer verstehen will, was eine AfD-Regierung in Sachsen-Anhalt umsetzen würde, muss ihre Programme, ihre parlamentarischen Anfragen und Anträge sowie öffentliche Äußerungen in Sachsen-Anhalt und auf Bundesebene ernst nehmen. Sie enthalten keine Leerformeln, sondern eine klare ideologische Agenda, die nationalistisch, völkisch und rechtsextrem gefärbt ist. Das sogenannte „Regierungsprogramm“ zur Landtagswahl ist am 12. April 2026 verabschiedet worden<sup>46</sup>. Der Landesverband mit rund 2.000 Mitgliedern ist vom Verfassungsschutz seit November 2023 als gesichert rechtsextremistisch eingestuft worden, da dieser von rassistischer Ideologie durchdrungen sei und die parlamentarische Demokratie in der jetzigen Form abschaffen wolle<sup>47</sup>. Die AfD klagt derzeit gegen diese Einstufung<sup>48</sup>. Der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt gilt in der Bundespartei als dominiert vom sogenannten „Flügel“, der mittlerweile formal aufgelöst worden ist, ohne dass Personen die Partei verlassen hätten. Der „Flügel“ pflegte enge Beziehungen zu Gruppen wie der rechtsextremen Identitären Bewegung und zum rechtsextrem-verschwörungsideologischen „Compact“-Magazin. In der Praxis bestünde mit einer Machtübernahme des AfD-Landesverbandes eine erhebliche Gefahr für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Die AfD könnte demokratische Kontrolle unterlaufen, Minderheiten systematisch ausgrenzen und demokratische Akteur\*innen gezielt angreifen.

Demokratie beginnt mit dem Ernstnehmen der Worte. Was in Parteiprogrammen steht, ist nicht bloße Rhetorik. Es ist der Fahrplan der AfD.

Die AfD verfolgt eine politische Agenda, die auf nationale Homogenität, kulturelle Exklusion und autoritäre Staatsführung hinausläuft. In Sachsen-Anhalt hätte sie als Landesregierung erstmals die Gelegenheit, diese Programmatik konkret umzusetzen - schlimmstenfalls mit weitreichenden, fatalen Folgen für Land und Bund.



# Ebenen der Verteidigung – Handlungsoptionen, bevor es zu spät ist

---

Autoritäre Tendenzen wachsen im Schatten der Gewöhnung. Sie beginnen, wie gezeigt, schleichend. Eine Regierung, die demokratische Spielregeln verschiebt und abschafft, setzt nicht nur auf Macht, sondern auf das Schweigen ihrer Umgebung. Doch Demokratien sind nicht schutzlos. Sie verfügen über Institutionen, Gesetze und eine engagierte Zivilgesellschaft. Die aktuelle Herausforderung ist jedoch: Werden diese Schutzmechanismen noch rechtzeitig aktiviert?

## 1. Verfassungsgericht und Bundesinstitutionen stärken

Rechtsextreme Regierungen versuchen häufig, die Gewaltenteilung auszuhöhlen, etwa durch gezielte Einflussnahme auf die Justiz. Ein wichtiger Schritt ist dabei die Besetzung der Richter\*innen-Posten. Umso wichtiger ist es, verfassungsrechtliche Wege frühzeitig zu nutzen und zu verteidigen.

- *Frühe Anrufungen der Verfassungsgerichte: Rechtswissenschaftler\*innen, Parlamente, zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und sogar Einzelpersonen können Landes- und Bundesverfassungsgerichte anrufen, sobald demokratische Leitplanken wie die Wissenschafts-, Presse- oder Meinungsfreiheit unter Druck geraten. Präventive Klagen gegen undemokratische Gesetzesinitiativen schaffen Rechtsklarheit und geben der Öffentlichkeit Orientierung.*
- *Das Bundesverfassungsgericht als föderale Schutzinstanz: Wenn ein Bundesland, wie in unserem Szenario Sachsen-Anhalt, verfassungswidrige Regeln einführt, darf das nicht als „Landesangelegenheit“ abgetan werden. Der Bund muss bereit sein, sofort Karlsruhe aktiv einzuschalten, um die Verfassungen in allen Bundesländern zu sichern.*
- *Unabhängigkeit der Verwaltungsgerichte sichern: Verwaltungsgerichte sind die erste juristische Instanz gegen verfassungswidriges Verwaltungshandeln, etwa gegen ideologisch motivierte Personalentscheidungen im Bildungsbereich. Ihre Funktionsfähigkeit ist existenziell. Eine Bundesregelung zur Sicherung administrativer Unabhängigkeit könnte helfen, systemwidrige Eingriffe zu verhindern.*

- *Was bereits geschieht: In Sachsen-Anhalt bringen alle demokratischen Parteien im März 2026 eine Parlamentsreform auf den Weg. Sie soll auch Gerichte schützen: Geändert wird etwa das Verfahren der Wahl der Richter am Landesverfassungsgericht und die Stärkung des Landesverfassungsgerichtes selbst, damit dessen Struktur dann nicht mehr mit einfacher parlamentarischer Mehrheit verändert werden kann<sup>49</sup>.*

## 2. Im Parlament

- *Demokratische Allianzen aktivieren: Keine taktischen Spiele mit autoritären und rechtsextremen Kräften. Klare demokratische Mehrheiten jenseits der AfD aktiv organisieren.*
- *Verfahren sichern: Geschäftsordnungen in Parlamenten und Ausschüssen auf Lücken prüfen und vor strategischem Missbrauch schützen.*
- *Inhalte statt Angst: Eigene Programmatik mutig in den Vordergrund stellen. Mit selbstbewussten Zukunftsvisionen, die sich in Ton und Haltung klar von der AfD abgrenzen.*
- *Was bereits geschieht: Im parlamentarischen Betrieb soll durch die Parlamentsreform die Wahl des Landtagspräsidenten oder der Landtagspräsidentin verändert werden: Wenn die vorgeschlagene Person der stärksten Fraktion keine Mehrheit erhält, sollen auch die anderen Fraktionen Vorschläge für Kandidat\*innen machen können<sup>50</sup>.*

---

49 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Parlamentsreform soll die Demokratie stärken. 5.3.2026, <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/artikel/parlamentsreform-soll-die-demokratie-staerken> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026); dpa: Reformpaket soll Demokratie in Sachsen-Anhalt vor AfD schützen. Die Zeit, 5.3.2026, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-03/sachsen-anhalt-afd-demokratie-reformpaket-gxe> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).; Gesetzesentwurf, 26.2.2026, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d6653wge.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

## Mittelständischer Unternehmer (2027)

*„Die wirtschaftliche Unsicherheit ist weiter gewachsen. Die Belegschaften sind polarisiert, Abwanderung und der Fachkräftemangel haben sich weiter verschärft. Wer will denn aus anderen Bundesländern oder dem Ausland hierher kommen, um zu arbeiten? Ob Windräder-Abbau oder die Beendigung aller landesweiten Klimaschutzprogramme und -investitionen - mit der neuen Regierung gibt es keine verlässlichen Rahmenbedingungen mehr für uns.“*

### 3. Für die Landes- und Bundesverwaltung

- *Beamt\*innenrecht konsequent anwenden: Wer sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt und sich für demokratische Werte einsetzt, verdient Schutz. Eindeutig rechtsextreme Bedienstete, die somit ihrer Treuepflicht zum Grundgesetz nicht nachkommen, sollten aus dem Staatsdienst entfernt werden.*
- *Schlüsselstellen stärken: Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, Demokratieförderung und Fachstellen gegen Rechtsextremismus brauchen rechtliche und strukturelle Sicherheit.*
- *Frühwarnsysteme aufbauen: Monitoring gegen Desinformationskampagnen und rechtsextreme Unterwanderung strukturell verankern.*

50 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Parlamentsreform soll die Demokratie stärken. 5.3.2026, <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/artikel/parlamentsreform-soll-die-demokratie-staerken> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026); Gesetzesentwurf, 26.2.2026, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d6653wge.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

### 4. Zivilgesellschaft absichern – auch gegen autoritäre Landespolitik

- *Rechtsextreme Regierungen unterbrechen als einen der ersten Schritte oft die Förderung für zivilgesellschaftliche Träger, etwa in den Bereichen politische Bildung, Gleichstellung oder Antidiskriminierung. Wer die Zivilgesellschaft schwächt, schwächt die Demokratie selbst.*
- *Bundesförderung entkoppeln: Initiativen der politischen Bildung, Demokratieförderung oder Menschenrechtsarbeit dürfen nicht mehr allein von der Landespolitik abhängig sein. Eine „Demokratieförderungsgesetzgebung“ auf Bundesebene muss sichere, unabhängige Strukturen schaffen. Am besten mit direkter Antragsmöglichkeit bei Bundesstellen.*
- *Schutzfonds für gefährdete Träger: Wenn Träger systematisch unter Druck geraten, etwa durch den Entzug ihrer Gemeinnützigkeit oder die Kündigungen von Mietverträgen bei kommunalen Räumen, braucht es einen unbürokratischen Notfallfonds zur finanziellen und rechtlichen Stützung dieser Akteur\*innen.*
- *Verlegung des Vereinssitzes ermöglichen: Um gezielte staatliche Einschüchterung zu vermeiden, könnten besonders gefährdete Vereine aus Sachsen-Anhalt als Reaktion auf potenziell missbräuchliche Eingriffe durch Landesbehörden ihren Vereinssitz in andere Bundesländer verlegen.*
- *Verbindung statt Vereinzelung: Stärkung überregionaler Netzwerke, besonders im ländlichen Raum. Es braucht hier Austausch, Kooperationen und geteilte Öffentlichkeit.*

### **Ministerpräsident a. D. (2029)**

*„Ich verstehe bis heute nicht, wie eine Partei, die maßgeblich von einer westdeutschen Elite gebildet wurde, ausgerechnet in Ostdeutschland solche Erfolge erzielen kann. Ich frage mich, was hätten wir damals anders machen müssen, damit die Partei nie so groß geworden wäre. Sie ist nicht konservativ und war es nie. Den himmelweiten Unterschied zwischen konservativ-demokratisch und rechtsextrem hätten wir viel stärker betonen müssen, unseren Markenkern besser herausstellen und uns nicht ständig die Agenda von ihnen bestimmen lassen“.*

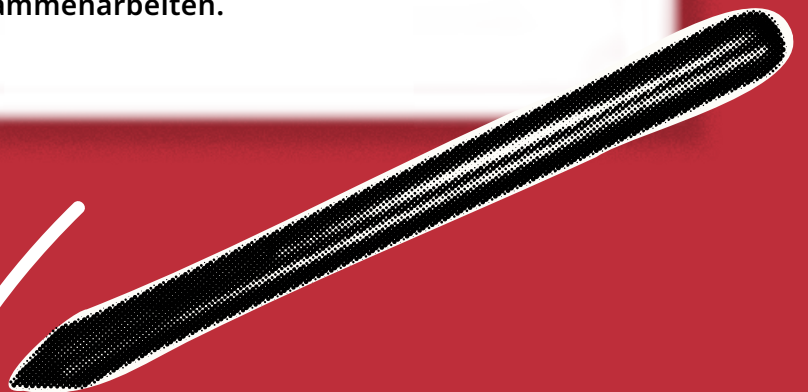
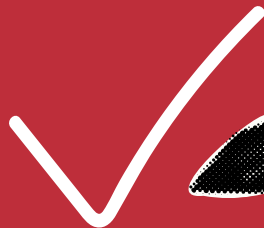
### **EU-Beamtin in Brüssel (2029)**

*„Die Entwicklungen in Sachsen-Anhalt sind für uns ein Warnsignal. Eine gewählte Regierung hebt Stück für Stück demokratische Standards aus. Aber auf EU-Ebene haben wir nur begrenzte Eingriffsmöglichkeiten, solange formell keine Rechtsverstöße vorliegen. Unser Spielraum beginnt dort, wo der Bund handelt, der aber aktuell schweigt. Vor der Landtagswahl im September 2026 hätte die Bundes- als auch die damalige Landesregierung noch demokratische Institutionen besser absichern können, wie von vielen Expert\*innen angemahnt. Das wurde leider versäumt“.*

## Tipps für die Zivilgesellschaft:

### An Netzwerken arbeiten

- Gesprächskanäle und Kommunikation mit demokratischen Parteien aufrechterhalten und ausbauen, falls bisherige Partner wegfallen.
- Brain-Drain vorbeugen: Wie lässt sich Wissen speichern und vermitteln, falls einzelne (neuralgische) Personen ausfallen?
- Niedrigschwellige Angebote für (Mikro-)Engagement schaffen, wie das Informieren über Newsletter, das Teilen von Faktenchecks und Argumentations-Hacks, Aktionen wie Aufkleber, Briefkasten- oder Gartenzaun-Statements für Demokratie, die Unterstützung demokratischer lokaler Buchläden, Cafés oder Kulturzentren, Mikro-Spenden oder Raum- und Reichweiten-Spenden an demokratische Initiativen.
- Niedrigschwellige Unterstützungsangebote schaffen, wie Hilfefonnum, Clearingstellen, aufsuchende Unterstützung lokaler Initiativen durch Workshops und Gelder.
- Engagement lokal und regional vernetzen, damit Engagierte sich nicht alleine fühlen, voneinander wissen und sich gegenseitig stärken
- Möglichst breite gesellschaftliche Allianzen schmieden etwa aus Vereinen, Verbänden, Kirchen, demokratischen Parteien und Unternehmen, die nicht mit Rechtsextremen zusammenarbeiten.



## **Immobilien als Demokratieorte, Räume für Schutz und Partizipation schaffen, etablieren und schützen**

- Geschützte Räume schaffen Resilienz gegen Ohnmacht, Hetze und Agitation und die Möglichkeit, Engagement für Demokratie zu organisieren.
- Deshalb: Jetzt Immobilien und Räume – gerade im ländlichen Raum – mieten oder kaufen und sie damit langfristig sichern und für Demokratieprojekte und lokale Initiativen zur Verfügung stellen: Für Treffen, Mittagstische, Jugendtreffs, Kulturveranstaltungen, Workshops. Alternativ: Bürgschaften für Kredite übernehmen.
- Für diese Räume entsprechende Schutzkonzepte entwickeln, weil sie als Symbolorte angegriffen werden können.
- Nachbarschaften zusammenbringen und den vorpolitischen Raum nutzen.

## **Nachhaltige und staatsun- abhängige Finanzierung von Demokratieprojekten**

- Solidarische Partnerschaften zwischen Vereinen und Initiativen zwischen Bundesländern, Regionen, Ost- und Westdeutschland organisieren und bilden und damit die Arbeit vor Ort in Sachsen-Anhalt sichern.
- Unternehmen mit konkreten (Sach-) Forderungen ansprechen, etwa nach Plakatdruck, Räumlichkeiten, logistischer oder digitaler Unterstützung.

## Schutzkonzepte aufstellen / zugänglich machen / verbessern

- Wenn die AfD stärker wird, ist mehr Schutz vor rechtsextremer Gewalt notwendig, weil sich rechtsextreme Gruppen ermutigt fühlen werden.
- Bauliche und physische Sicherheit herstellen, etwa über Zutrittskontrollen und Barrieren.
- Digitale Sicherheit sowohl für die IT-Infrastruktur (etwa Zwei-Faktor-Authentifizierung und Website-Backend) als auch Doxing-Prävention für Mitarbeitende und Engagierte (etwa so wenig Namen und Telefonnummern wie nötig).
- Rechtliche und administrative Vorsorge wie aktuelles Hausrecht bei Veranstaltungen, rechtssicheres Impressum auf der Website, ansprechbarer Anwalt, falls zivilrechtliche Schritte wie Unterlassungserklärungen oder Gewaltschutzanordnungen nötig werden.
- Soziale Solidarität organisieren, wie guter Kontakt zur lokalen Polizeidienststelle, Nachbarn und Vermieter sensibilisieren.

## Unabhängige Gegenöffentlichkeit herstellen

- Gemeinnützige demokratische Lokal-Redaktions-Modelle durch unabhängige Förderfonds absichern.
- Ob mit einer Website oder Social-Media-Kanälen im Internet oder im Zeitungs-, Fanzine- oder Flyer-Format: Gegebenenfalls ehrenamtlich sicherstellen, dass unabhängige lokale Informationen weiter zur Verfügung stehen.

***Sozialpädagogin, die sich in einer mittelgroßen Stadt in einer Initiative für Toleranz, Vielfalt und Demokratie engagiert (2027)***

***„Im letzten Jahr hat sich das Klima spürbar verändert. Es ist aggressiver geworden. Wenn ich morgens zur Arbeit gehe, überlege ich schon: Wen treffe ich heute? Gab es wieder Kommentare online? Steht irgendwo mein Name? Ich habe Nachrichten bekommen, in denen mir gesagt wurde, ich solle 'aufpassen', wenn ich abends allein unterwegs bin. Auf der Straße werde ich manchmal erkannt, dann fallen Sprüche wie 'Volksverräterin' oder 'Du gehörst hier nicht hin'. Es gibt Tage, da frage ich mich schon, wie lange ich das noch durchhalte.“***



# Demokratische Bundesländer in die Verantwortung nehmen

Das föderale System ist keine Ausrede zur Untätigkeit, sondern kann zur Schutzarchitektur der Demokratie werden, wenn Bundesländer mit klarer Haltung agieren.

## Verfassungsgericht und Bundesinstitutionen stärken

Rechtsextreme Regierungen versuchen häufig, die Gewaltenteilung auszuhöhlen, etwa durch gezielte Einflussnahme auf die Justiz. Ein wichtiger Schritt ist dabei die Besetzung der Richter\*innen-Posten. Umso wichtiger ist es, verfassungsrechtliche Wege frühzeitig zu nutzen und zu verteidigen.

- *Koalition demokratischer Bundesländer: Ein „Bündnis föderaler Demokratie“ zwischen Bundesländern kann gezielt politisch intervenieren, wenn in einem Land verfassungswidrige Tendenzen erkennbar werden. Dazu gehören gemeinsame Erklärungen, Unterstützungsprogramme, im Zweifel auch juristische Schritte.*
- *Verstärkerprogramme für politische Bildung in gefährdeten Regionen: Der Demokratieabbau beginnt oft da, wo Wissen fehlt oder Menschen misstrauisch gemacht wurden. Eine gezielte Ausweitung bundesländerübergreifender Bildungs- und Beteiligungsangebote, etwa für Schulen, Jugendzentren oder im Ehrenamt, ist essenziell, um Leerstellen nicht rechtsextremen Deutungen zu überlassen.*
- *Austausch- und Solidaritätsnetzwerke: Bildungseinrichtungen, NGOs und journalistische Fachkräfte aus ost- und westdeutschen Bundesländern könnten gezielt vernetzt werden, etwa durch Partnerschaften oder Medienkooperationen. Solidarität wird schlagkräftig, wenn sie systematisch gefördert wird.*

## Die Öffentlichkeit stärken – bevor sie marginalisiert wird

Rechtsextreme Regierungen kontrollieren nicht zuerst die professionellen Medien. Im ersten Schritt delegitimieren sie diese als „Lügenpresse“, „Elitenpropaganda“ oder „Staatsfunk“. Danach folgt oft

der Angriff auf die nicht-rechtsextreme Öffentlichkeit und den kritischen Diskurs, etwa durch eigene Propaganda-Portale oder Desinformationskampagnen, bis sich AfD-Positionen normalisieren und durchsetzen.

- *Demokratische Medienvielfalt sichern: Lokaljournalismus ist oft die erste Stütze der demokratischen Öffentlichkeit vor Ort. Gemeinnützige demokratische Redaktionsmodelle, staatlich unabhängige Förderfonds und gezielte Ausbildungsprogramme für journalistischen Nachwuchs sollten ausgebaut werden.*
- *Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk stellt eine demokratische Berichterstattung nach journalistischen, evidenzbasierten Kriterien sicher. Er braucht Infrastruktur und Rückhalt. Was bereits geschieht: Die Parlamentsreform sieht vor, dass die Kündigung von Staatsverträgen, etwa des Medienstaatsvertrages, nur noch mit Zustimmung des Landtags möglich sein soll – bisher kann dies der oder die Ministerpräsident\*in allein bestimmen<sup>51</sup>.*
- *Politische Bildung: Die Demokratie von morgen braucht Räume der Debatte auch außerhalb des schulischen Klassenzimmers, etwa in Jugendzentren, Bibliotheken, Sportvereinen und Kulturhäusern. Politische Bildung muss langfristig gedacht und generationenübergreifend finanziert werden.*
- *Soziale Räume der demokratischen Interaktion ermöglichen: Wo autoritäres und rechtsextremes Denken sich ausbreitet, braucht es mehr als Kritik. Es braucht soziale Infrastrukturen, in denen sich kritischer Diskurs bilden und Gegenöffentlichkeit formieren kann, wo Solidarität organisiert und Protest geübt wird. Dorfgemeinschaftshäuser, Stadtteilzentren und Jugendclubs könnten bewusst als Plattformen für demokratische Kultur geöffnet und unterstützt werden.*

51 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Parlamentsreform soll die Demokratie stärken. 5.3.2026, <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/artikel/parlamentsreform-soll-die-demokratie-staerken> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026); Gesetzesentwurf, 26.2.2026, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d6653wge.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

### **Führender Vertreter der katholischen Landeskirche in Sachsen-Anhalt (2029)**

**„Wir haben schon zu Zeiten, als die AfD noch in der Opposition war, vor ihrem aggressiv auftretenden, kirchenfeindlichen Gebaren gewarnt. Viele sagten mir damals, so schlimm wird es nicht kommen, jedenfalls nicht für die Katholische Kirche. Das sagt jetzt keiner mehr. Alles, was sie jetzt umsetzen, haben sie vorher angekündigt. Alle hätten gewarnt sein müssen.“**

- **Kompetenzen gegen Manipulation stärken: Medien- und Informationskompetenz müssen Teil der Demokratiebildung werden – für junge und ältere Zielgruppen.**
- **Was bisher geschieht: Durch die Parlamentsreform soll die Landeszentrale für politische Bildung über eine Änderung des Erwachsenenbildungsgesetzes abgesichert werden<sup>52</sup>.**

Was es jetzt braucht: Eine gelebte Demokratie, die für ihre Ideale und Werte wirbt

Demokratie ist kein abstraktes Ideal, sondern sollte als Alltagserfahrung und konkretes Versprechen erlebbar sein: auf Mitsprache, Würde, Toleranz und Vielfalt für alle. Demokratie muss in der Schule erlebt, nach Feierabend debattiert, im Ehrenamt verteidigt und durch das Gesetz geschützt werden. Wichtig ist jetzt zu erkennen: Demokratie ist nicht selbstverständlich und verteidigt sich nicht von selbst. Es braucht Menschen, Strukturen, Gesetzgebung und vor allem den Willen zur konsequenten Verteidigung durch die demokratischen Kräfte. Denn was wir heute dafür schaffen, entscheidet darüber, was morgen noch möglich ist.

52 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Parlamentsreform soll die Demokratie stärken. 5.3.2026, <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/artikel/parlamentsreform-soll-die-demokratie-staerken> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026); Gesetzesentwurf, 26.2.2026, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d6653wge.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

### **Schulamtsleiterin (2027)**

*„Im Herbst bekamen wir neue Richtlinien aus dem Kultusministerium. Der Begriff ‚Vielfalt‘ sollte in Schulmaterialien nur noch ‚in kulturell-nationalem Kontext‘ verwendet werden. Als Beispiele wurde angeführt: „Die Vielfalt der deutschen Sprache, die verschiedenen deutschen Stämme wie die Friesen, die Sachsen oder die Bayern, unsere Trachten und Traditionen, das Brauchtum sowie unsere Volkslieder, Sagen, Märchen und Mythen“. Als ich Einwände formulierte, wurde ich zu einem internen Gespräch geladen. Dort hieß es wörtlich: ‚Die Landesregierung erwartet Loyalität, keine Diskussion.‘ „Zwei Monate später wurde ich versetzt.“*

### **Abteilungsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz (2029)**

*„Die neue Landesregierung hat nach dem Regierungsantritt zügig mit dem politisch motivierten Umbau der Sicherheitsbehörden und des Landesamtes für Verfassungsschutz begonnen. Überall war die Besorgnis sofort groß. Als bekannt wurde, dass rechtsextrem eingestufte Personen sich Zugriff auf sensible Daten verschafft hatten, mussten wir zum Äußersten gehen und den Datenaustausch mit Sachsen-Anhalt kappen. Ein einmaliger Vorgang in der Bundesrepublik und ein bundesweites Sicherheitsrisiko.“*



# Quellen Zeitstrahl:

---

10 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt II/2, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

11 Vgl. Dr. Maximilian Krahe: Volk, Staat und Gesellschaft im Wandel. Vortrag vor AfD-Bundestagsfraktion am 10.07.2025, <https://www.youtube.com/watch?v=1f-IUcrtNXo> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

12 Vgl. Torben Braga, Mitglied des Deutschen Bundestages auf X, [https://x.com/torben\\_braga/status/1947281308159185385](https://x.com/torben_braga/status/1947281308159185385) (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

13 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt II/41, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

14 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Drucksache 8/4573, Antrag Fraktion AfD: „Asylbewerber zur Arbeit verpflichten“. 10.9.2024, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d4573aan.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

15 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt II/4, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

16 Vgl. AfD-Fraktion LSA: Resolution „Der Osten geht voran – Regierungsverantwortung 2026. 23.6.2025 <https://afdfraktion-lsa.de/fraktionsspitzenkonferenz-ost-verabschiedet-resolution-der-osten-geht-voran-regierungsverantwortung-2026/> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

17 Vgl. MDR Sachsen-Anhalt: Scharfe Kritik an AfD-Fraktionschef Kirchner nach verbalen Angriffen auf Journalisten. 10.9.2022, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/offener-brief-landespressekonferenz-afd-landtag100.html> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

18 Vgl. AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt: Die Stimme der Bürger – unser Programm. Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016, S. 57

19 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt VI/20, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

20 Vgl. Uwe Freitag: AfD bereitet erste Machtübernahme vor! BILD, 30.6.2025, <https://www.bild.de/politik/inland/afd-bereitet-erste-machtuebernahme-vor-68624c5c69afb7d84ed1c5b> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

21 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt IV/7, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026); Antrag der AfD-Fraktion Zukunft braucht Herkunft – Heimat und Volksgut im Lehrplan stärken“ (Drs. 8/4574), 10.9.2024, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d4574aan.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

22 Die Einführung eines Schulfaches Familienkunde fordert die AfD seit 2016. Vgl. Jan Schumann: AfD will ausgeglichene Geburtenbilanz im Grundgesetz festschreiben. Mitteldeutsche Zeitung, 14.11.2016, <https://www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/afd-will-ausgegliche-gelichene-geburtenbilanz-im-grundgesetz-festschreiben-1245974> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

23 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt IV/16, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

24 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt IV/10, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

25 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt IV/4, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

26 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt IV/30, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

27 Deutschlandkurier auf X, ab Minute 3:38, [https://x.com/Deu\\_Kurier/status/1925951847216378237](https://x.com/Deu_Kurier/status/1925951847216378237) (zuletzt abgerufen am 27.3.2026); Tillschneider definiert „Kulturpolitik als Schlüssel zu Allem [...], da sie nicht nur Schule und Theater „sondern das ganze menschliche Dasein“ umfasse, vgl. AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt: Landesparteitag in Magdeburg - Interview mit Dr. Hans-Thomas Tillschneider, 23.5.2025, <https://www.youtube.com/watch?v=DEs6C1qbP6s> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

28 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt III/8, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

29 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt VIII/7, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

30 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Drucksache 8/5020: Antrag Fraktion AfD „Schluss mit politischer Bevormundung und Indoktrination! Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung!“, 15.1.2025, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d5020aan.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026). Landtag von Sachsen-Anhalt: Drucksache 8/4574: Antrag Fraktion AfD „Zukunft braucht Herkunft - Heimat und Volksgut im Lehrplan stärken“, 10.9.2024, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d4574aan.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026). Landtag von Sachsen-Anhalt: Drucksache 8/5478: „#deutschdenken - Ein neues Markenzeichen für Sachsen-Anhalt“, 6.5.2025, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d5478aan.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

31 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt III/15, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

32 Vgl. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag, S. 133.

33 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Drucksache 8/5572: Antrag Fraktion AfD „Wissenschaft statt Manipulation - Genderpolitik an Hochschulen einstellen!“, 4.6.2025, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d5572aan.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026). Kleine Anfrage - KA 8/3002 „Post-/Koloniale Studien nach Hochschulen in Sachsen-Anhalt“ in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Drucksache 8/5713: Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung AfD, 14.1.2026, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d5713aak.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

34 Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Drucksache 8/5572: Antrag Fraktion AfD „Wissenschaft statt Manipulation - Genderpolitik an Hochschulen einstellen!“, 4.6.2025, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d5572aan.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026). Kleine Anfrage - KA 8/3002 „Post-/Koloniale Studien nach Hochschulen in Sachsen-Anhalt“ in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Drucksache 8/5713: Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung AfD, 14.1.2026, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d5713aak.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

35 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt V/1, Punkt V/7, Punkt V/8, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

36 Vgl. David Muschenich: Die ganz normale AfD-Strategie. taz, 11.2.2026, <https://taz.de/Landtagswahl-in-Sachsen-Anhalt!/6148107/> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

37 Vgl. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt, Punkt VI/19, 13.04.2026, <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 14.04.2026).

38 Vgl. Untersuchungsausschuss 8/2 - Untersuchung, Aufklärung und Beurteilung der Amtsführung des Präsidenten des Amts für Verfassungsschutz und weiterer Verantwortungsträger. Thüringer Landtag, o.J., <https://www.thueringer-landtag.de/landtag/ausschuesse-gremien/untersuchungsausschuesse/ua-8/2/> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

39 Vgl. Diedoaben/Funk: AfD will die Justiz „entpolitisieren“, Instagram 6.7.2024, <https://www.instagram.com/reel/C9E2LPsRHA/> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).

40 Vgl. MDR Sachsen-Anhalt: Dow schließt Anlagen in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Tagesschau, 9.7.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/regional/sachsen/dow-schliessungen-sachsen-sachsen-anhalt-100.html> (zuletzt abgerufen am 27.3.2026).



# HASS UND HETZE BRAUCHEN GEGENWIND

GEMEINSAM MIT DIR setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellt.

## Das sind wir

Was uns verbindet, ist die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft stark ist, wenn wir füreinander eintreten. Dass wir gemeinsam für Demokratie und Menschenwürde und ein respektvolles Miteinander eintreten. Seit der Gründung der Amadeu Antonio Stiftung 1998 setzen wir uns dafür ein, dass genau das Realität wird – mit dir, mit allen, die nicht wegschauen. Denn es braucht jede Stimme, jeden Schritt und jede Tat gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

## Zusammen

... **UNTERSTÜTZEN** wir Menschen, die von antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt betroffen sind. Wir leisten konkrete, unbürokratische Hilfe und setzen uns dafür ein, dass ihre Perspektiven gehört werden: in der Öffentlichkeit, im Bundestag, auf der Straße.

... **FÖRDERN** wir Initiativen und Projekte in ganz Deutschland, die sich stark machen für eine lebendige und demokratische Zivilgesellschaft – besonders dort, wo es schwierig ist, und oft im ländlichen Raum.

... **FORSCHEN** und **BEOBSACHTEN** wir Entwicklungen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Unser Fachwissen fließt in Studien, Publikationen, Beratungen und in konkrete Forderungen an die Politik.

... **SORGEN** wir dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben – damit sie nicht vergessen oder verdrängt werden. Ob über Pressearbeit, Social Media oder Artikel auf Belltower.News – wir machen Haltung sichtbar. Und wir gehen weiter: mit Workshops, Bildungsarbeit und Fortbildungen für alle, die in ihrem Umfeld etwas bewegen wollen.

### Mach mit!

Damit wir diese Arbeit machen können, sind wir auf Spenden angewiesen. Jede einzelne Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit der Amadeu Antonio Stiftung. Damit wir uns weiterhin gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus engagieren können. Gemeinsam. SEI DABEI.

### Ja, ich bin dabei!

Spendenkonto  
GLS Gemeinschaftsbank eG  
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00  
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS



[amadeu-antonio-stiftung.de/spenden](https://amadeu-antonio-stiftung.de/spenden)

### Der Amadeu Antonio Stiftung folgen

AmadeuAntonioStiftung  
 amadeuantoniofoundation  
 amadeu-antonio-stiftung

